

DGVT - NEWSLETTER


Ausgabe 4/2016 – 13. Dezember 2016

Inhalt:

- **Fach- und berufspolitische Informationen**
- **Kinder und Jugendliche**
- **Aktuelle Informationen zur Versorgung von Geflüchteten**
- **Angestellte**
- **Niedergelassene**
- **Rechtliches**
- **Schwerpunktthema "Männergesundheit"**
- **Kammer-Wahlen**
- **DGVT - in eigener Sache**
- **Regionales**
- **Termine**
- **Termine der Landesgruppen**


Fach- und berufspolitische Informationen

- **29. Deutscher Psychotherapeutentag am 19. November 2016 in Hamburg**
Themen beim 29. Deutsche Psychotherapeutentag (DPT) waren die Reform des Psychotherapeutengesetzes, die Reform der Bedarfsplanung, die neue psychotherapeutische Sprechstunde, die Förderung von Frauen in der Berufspolitik sowie die geplante Satzungsänderung zur Verringerung der Delegiertensitze für künftige Psychotherapeutentage.
Die umfassende Berichterstattung der Bundespsychotherapeutenkammer finden Sie [hier](#).
- **Bertelsmann Stiftung, Bundespsychotherapeutenkammer (Hrsg.)
Faktencheck Psychotherapeuten - Konzept für eine bedarfsgerechte Planung der Psychotherapeutensitze**
Die Psychotherapeutensitze sind regional sehr unterschiedlich verteilt: 50 Prozent der Psychotherapeuten praktizieren in Großstädten, obwohl hier nur ein Viertel der Bevölkerung lebt. Die Studie geht den Ursachen für das Stadt-Land-Gefälle auf den Grund und präsentiert ein Konzept für eine bedarfsgerechte Planung. Dafür hat das IGES-Institut im Auftrag der Bertelsmann Stiftung und der Bundespsychotherapeutenkammer einen Bedarfsindex entwickelt, der sich an der Verbreitung psychischer Erkrankungen in der Bevölkerung (Prävalenz) orientiert.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Versorgungsforschung - 62 Projekte erhalten GBA-Zuschlag**
Die Entscheidung über die Vergabe der 75 Millionen Euro zur Förderung der Versorgungsforschung ist gefallen. Der Innovationsausschuss des Gemeinsamen Bundesausschusses (GBA) hat



für 2016 insgesamt 62 Projekte ausgewählt, die nun Fördergelder aus dem Innovationsfonds erhalten sollen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Health at a Glance: Europäischer Gesundheitsbericht erschienen**
Im November 2016 veröffentlichte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) einen aktuellen Bericht zur Gesundheit in Europa. "Health at a Glance" fasst die Daten zur Gesundheit und den Gesundheitssystemen von 35 europäischen Ländern zusammen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Weltgesundheitsorganisation (WHO) plädiert für Zuckersteuer**
Mit einem eindringlichen Appell forderte die Weltgesundheitsorganisation am 11. Oktober 2016 alle Staaten auf, eine Steuer auf Zucker von mindestens 20 Prozent einzuführen. Eine solche Preiserhöhung sei insbesondere wirksam, um den Konsum zuckerhaltiger Getränke zu vermindern. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Präventionsbericht 2016 erschienen**
Über 317 Millionen Euro haben die gesetzlichen Krankenkassen für Maßnahmen der Prävention und Gesundheitsförderung im Jahr 2015 ausgegeben - dies geht aus dem aktuellen Präventionsbericht 2016 hervor. Neben den GKV-Ausgaben thematisiert dieser auch die Entwicklungen rund um das am 25. Juli 2015 in Kraft getretene Präventionsgesetz. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V. (DHS): Verringerung von tabakrauchbedingten Gesundheitsschäden durch E-Zigaretten?**
E-Zigaretten werden auch in Deutschland immer häufiger genutzt. Was ist drin und welche gesundheitlichen Auswirkungen sind mit diesen verbunden? Die DHS hat hierzu eine wissenschaftliche Stellungnahme verabschiedet. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **"Arbeit, Beschäftigung und gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Suchterkrankungen" - Empfehlungen des Drogen- und Suchtrates**
Die Empfehlungen des Drogen- und Suchtrates beziehen sich insbesondere auf die Unterstützung suchtkranker Menschen durch die Bundesagentur für Arbeit und Jobcenter, die kommunalen Spitzenverbände sowie die Deutsche Rentenversicherung. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Fachverband Sucht e.V. (FVS): Behandlungsangebote für abhängigkeiterkrankte Menschen**
Mit der aktualisierten Broschüre "Hilfe für Suchtkranke" gibt der Fachverband Sucht einen Überblick über das Behandlungsangebot von Mitglieds-Einrichtungen, die sich der Behandlung, Versorgung und Beratung von suchtkranken Menschen widmen. Die Broschüre steht Interessierten kostenlos zur Verfügung. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Anspruch auf persönlichen Medikationsplan**
Seit dem 1. Oktober 2016 haben Versicherte laut Gesetzgeber Anspruch auf einen persönlichen Medikationsplan, wenn sie gleichzeitig mindestens drei verordnete, systemisch wirkende (d. h. im Körper wirkende) Medikamente anwenden und die Anwendung über mindestens vier Wochen vorgesehen ist. So können Versicherte jederzeit nachlesen, wann und wie welches Medikament eingenommen werden muss. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **TeilhabeKompass bietet Überblick zur beruflichen Integration**
"Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen haben in Deutschland oftmals große Schwierigkeiten, auf dem Arbeitsmarkt unterzukommen. Die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) hat deshalb auf ihrem Jah-



reskongress in Berlin einen neuen Teilhabekompass vorgestellt. ..." Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Der Teilhabekompass kann als Broschüre [online](#) bezogen oder selbst ausgedruckt werden. Die Onlineversion des Kompasses enthält eine Suchfunktion. Für sie ist zudem ein regionaler Bezug vorgesehen, der eine geographische [Suche nach Maßnahmen](#), Anbietern und Angeboten bieten soll.

- **SGB V: Arbeitshilfe zur Verbesserung der Krankenhausversorgung von Menschen mit Behinderung – Checkliste**

Die Fachverbände für Menschen mit Behinderung haben eine Arbeitshilfe zur Verbesserung der Krankenhausversorgung von Menschen mit Behinderung veröffentlicht. Bestandteil dieser ist eine Check-Liste von Gesichtspunkten für Abstimmung und Absprachen zur Verbesserung der Kooperation zwischen Diensten und Einrichtungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung einerseits und Krankenhäusern andererseits. Die Checkliste finden Sie [hier](#).

- **Handreichung "WAHRNEHMEN-DEUTEN-HANDELN, Rechtsextremismus in der Sozialen Arbeit keinen Raum geben"**

In Zusammenarbeit mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (mbr) hat der Paritätische Gesamtverband unter dem Titel „Wahrnehmen – Deuten – Handeln. Rechtsextremismus in der Sozialen Arbeit keinen Raum bietet“ eine Handreichung herausgegeben. Sie sollen Basiswissen zum Thema Rechtsextremismus und Rassismus für alle Kolleginnen und Kollegen im Paritätischen und seinen Mitgliedsorganisationen zur Verfügung stellen. Orientiert an Praxis und Alltag, sollen Tipps und Handlungsempfehlungen für den Umgang mit rechtsextremen Positionen und Phänomenen gegeben werden. Ziel dieser Handreichung ist es, zentrale Ansatzpunkte zu beleuchten, Hilfestellungen zu leisten und auf weiterführende Informationsmöglichkeiten hinzuweisen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Kinder und Jugendliche

- **Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e. V. (HAGE): Unterrichtshilfe "Mit Kindern über Leben und Sterben nachdenken"**

Mit der 2., neu gestalteten Auflage der Unterrichtshilfe "Abschied. Mit Kindern über Leben und Sterben nachdenken" soll es Schülerinnen und Schülern ermöglicht werden, das Leben mit seinen Stationen zu betrachten, sich mit verschiedenen Verlustsituationen auseinanderzusetzen und sich in trauernde Menschen einzufühlen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Stiftung "Anerkennung und Hilfe"**

Das Bundeskabinett hat am 9. November 2016 der Errichtung der Stiftung "Anerkennung und Hilfe" zugestimmt. Damit ist auf Seiten des Bundes der Weg frei, gemeinsam mit Ländern und Kirchen die Stiftung zum 1. Januar 2017 zu errichten.

In zahlreichen stationären psychiatrischen Einrichtungen und stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe haben Kinder und Jugendliche in der Vergangenheit Leid und Unrecht erfahren müssen. Viele von ihnen leiden noch heute u.a. an den Folgen ungerechtfertigter Zwangsmaßnahmen, Strafen, Demütigungen oder unter finanziellen Einbußen, weil sie in oder für Einrichtungen gearbeitet haben, ohne dass dafür in die Rentenkasse eingezahlt wurde.

Die Stiftung hat eine Laufzeit von fünf Jahren. Betroffene können sich innerhalb der ersten drei Jahre schriftlich für Unterstützungsleistungen der Stiftung bei der zuständigen Anlauf- und Beratungsstelle anmelden. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Forschungs- und Entwicklungsprojekt der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/ Psychotherapie Ulm unter Leitung von Prof. Jörg M. Fegert**

Hintergrund des Projektes: Seit dem Jahr 2015 hat sich die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland gekommen sind, sprunghaft erhöht. Unter diesen Flüchtlingen befindet sich auch ein großer Anteil an Kindern und Jugendlichen. Viele von ihnen haben traumatische Erfahrungen aufgrund der bewaffneten Konflikte in ihrer Heimat und auch auf der Flucht gemacht. Junge Flüchtlinge weisen allgemein eine erhöhte Anfälligkeit für psychische Störungen auf. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge stellen hierbei nochmal eine besonders vulnerable Gruppe dar, da ihnen wichtige Schutzfaktoren wie beispielsweise ein familiäres Umfeld, das Schutz und Unterstützung bietet, fehlen.

Erfahrungen aus früheren Projekten hätten gezeigt, dass Fachkräfte, die mit jungen Flüchtlingen arbeiten, einen hohen Bedarf an Fortbildungsangeboten haben. In der Flüchtlingsarbeit engagieren sich auch viele Personen ehrenamtlich. Hierfür fehlt es ebenfalls momentan noch an umfassenden Fortbildungsangeboten.

Im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projektes SHELTER - Begleitete und unbegleitete geflüchtete Minderjährige - Rahmenbedingungen und Schutz in Organisationen, Verständnis für Traumafolgen und psychische Belastungen erstellt und evaluiert das Projekt drei Online-Kurse zu Themen, die im Rahmen der Versorgung geflüchteter Minderjähriger wichtig sind. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Aktuelle Informationen zur Versorgung von Geflüchteten

- **Hilfsmittelbörse für Flüchtlinge mit Behinderung**

In Deutschland ist es für Flüchtlinge mit Behinderung oft schwer, geeignete Hilfsmittel wie Rollstühle, Gehhilfen oder Hörgeräte zu bekommen. Das Gesetz sieht in der Regel nur eine akute medizinische Versorgung vor. Ability4refugees will deshalb Hilfsmittel für behinderte Flüchtlinge vermitteln. Hier können Interessierte ihre nicht mehr benötigten Hilfsmittel einstellen und vor allem Flüchtlinge, die Hilfsmittel benötigen, ihre Anliegen veröffentlichen. Die Hilfsmittel müssen kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die Hilfsmittelbörse ist ein Projekt der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland (ISL) e.V. und der Andreas-Mohn-Stiftung. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).


- **Memorandum für faire und sorgfältige Asylverfahren in Deutschland: Wohlfahrtsverbände, Menschenrechtsorganisationen, Richter- und Anwaltsvereinigungen fordern faire und sorgfältige Asylverfahren in Deutschland**

Der Paritätische Gesamtverband hat zusammen mit anderen Wohlfahrtsverbänden, Anwalts- und Richtervereinigungen sowie Menschenrechtsorganisationen in Berlin die Studie „Memorandum für faire und sorgfältige Asylverfahren in Deutschland“ veröffentlicht. Das Bündnis begrüßt eine zügige Bearbeitung der Asylanträge. Qualität müsse dabei jedoch vor Schnelligkeit gehen.

Das Bündnis fordert in dem vorgelegten Memorandum eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität bei Asylentscheidungen: Personenidentität von Anhö rerInnen und EntscheiderInnen, sorgfältige Anhörungen mit genauer Sachverhaltsaufklärung, ausreichende Schulungen von neu eingestellten Dolmetschern und Mitarbeitenden des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie den massiven Ausbau des Qualifizierungszentrums und einer strukturellen Qualitätssicherung, auch schon vor Ort in den Außenstellen des BAMF, mit dem Auftrag, fehlerhafte Entscheidungen zu korrigieren. Das Memorandum finden Sie [hier](#).

- **Hilfsangebote für schwangere geflüchtete Frauen**

Das Bundesfamilienministerium hat für die besonders schutzbedürftige Gruppe schwangerer geflüchteter Frauen ein umfassendes Unterstützungs- und Hilfsangebot auf der Internetseite www.schwanger-und-viele-fragen.de zusammengestellt. Das Ministerium fordert dazu auf, dabei mitzuhelfen, die Nummer des Hilfetelefon für Schwangere in Not bzw. die Website mit Hilfsange-



boten für schwangere Frauen bekannt zu machen. [Hier](#) können Sie verschiedene Materialien herunterladen.


- **Orientierungshilfe für Geflüchtete zu „Gleichberechtigung von Menschen unterschiedlichen Geschlechts bzw. verschiedener sexueller Identität“ erschienen**
Menschen, die in Deutschland Zuflucht suchen, benötigen praktische Unterstützung, ihrem Bedarf entsprechend aufbereitete Informationen und Orientierung in der für sie neuen Gesellschaft. Vom Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), dem Paritätischen Gesamtverband und dem Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) wurde nun eine Orientierungshilfe zum Themenbereich „Gleichberechtigung von Menschen unterschiedlichen Geschlechts bzw. verschiedener sexueller Identität“ entwickelt. Unterstützt wurde die Erstellung der Publikation von www.refugeeguide.de und der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **REFUGEEUM - Erste Hilfe für die Seele geflüchteter Menschen**
Mit der Website www.refugeeum.eu steht geflüchteten Menschen ein onlinebasiertes Informations- und Präventionsangebot zur Verfügung. Die Website umfasst niedrigschwellige Informationen über seelische Belastungen und ist in leicht verständlicher Sprache geschrieben. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Angestellte

- **Neues zum TVöD und der PP/KJP-Eingruppierung UND zur neuen Einstufung – Fachgruppe Angestellte (DGVT-Berufsverband) konnte sich erfolgreich einsetzen**
Nach unseren Protesten gegenüber ver.di, was die neue Eingruppierung von Psychologischen PsychotherapeutInnen/Kinder- und JugendlichenpsychotherapeutInnen in die Entgeltgruppe 14 im TVöD angeht, haben wir intensive Gespräche geführt. Infolgedessen wurde uns zugesagt, die Zusammenarbeit in Zukunft noch zu verbessern. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Neues zu den anstehenden TV-L-Tarifverhandlungen im Frühjahr 2017**
Nachdem die TVöD-Tarifverhandlungen im Frühjahr 2016, bei denen es um die Veränderung der Entgeltordnung ging, für unsere Berufsgruppe/n nicht so erfolgreich ausgingen, wie wir das erwartet hatten, wollten wir lernen und für die Zukunft einiges besser machen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Niedergelassene

- **Reform der Psychotherapie-Richtlinie – Psychotherapeutische Sprechstunde wird verpflichtend**
Die am 24. November 2016 vom Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) geänderte Psychotherapie-Richtlinie kann nach langem Hin und Her mit dem vorgesehenen Zeitplan in Kraft treten. Das Bundesgesundheitsministerium (BMG) teilte am 8.12.16 mit, dass es die Beschlüsse vom 24.11. nicht beanstandet. Die reformierte Psychotherapie-Richtlinie wird damit am Tag der Veröffentlichung im Bundesanzeiger in Kraft treten.
Der Gemeinsame Bundesausschuss hatte am 24. November 2016 die Auflagen des BMG für die im Sommer beschlossene Reform der Psychotherapie-Richtlinie umgesetzt und veröffentlicht. Dabei sind insbesondere folgende Eckpunkte relevant:
 - Der vom G-BA zunächst vorgesehen Dokumentationsbogen entfällt vollständig.
 - Die Psychotherapeutische Sprechstunde wird sowohl für PatientInnen als auch für BehandlerInnen verpflichtend: PsychotherapeutInnen haben bei vollem Versorgungsauftrag in der Re-



gel 100 Minuten pro Woche für Psychotherapeutische Sprechstunden bereitzustellen (häufiger Versorgungsauftrag: 50 Minuten). Die KVen können unter Berücksichtigung der regionalen Versorgungssituation von dieser Regel abweichen und höhere (!) oder geringere Vorgaben machen. Für PatientInnen gilt eine Übergangsregelung. Bis zum 1. April 2018 können PatientInnen auch ohne vorherige Sprechstunde direkt eine Akutbehandlung oder probatorische Sitzungen in Anspruch zu nehmen. So soll der Weg in die psychotherapeutische Behandlung auch niederschwellig möglich sein, falls mit Wirksamwerden der neuen Richtlinie am 1. April 2017 nicht genügend Sprechstundenkapazitäten zur Verfügung stehen.

- Für alle TherapeutInnen gilt eine telefonische Erreichbarkeit von 200 Minuten in der Woche bei vollem Versorgungsauftrag, die vom Therapeuten selbst oder von seinem Praxispersonal sichergestellt sein muss (häufiger Versorgungsauftrag: 100 Minuten). Nach wie vor müssen PsychotherapeutInnen ihre telefonischen Erreichbarkeitszeiten sowie ihr Angebot an Psychotherapeutischen Sprechstunden an ihre KV melden. Die KVen sollen diese Angaben zur Information der PatientInnen nutzen.

Den Beschluss des Gemeinsamen Bundesausschusses über die Änderung der Psychotherapie-Richtlinie vom 24.11.2016 findet sich [hier](#).

Die Vorabversion (Lesefassung) der reformierten Psychotherapie-Richtlinie, die alle Beschlüsse vom 24.11.2016 enthält, findet sich [hier](#).

Aktuelle Informationen dazu finden Sie immer auch auf der Homepage des DGVT-Berufsverbandes bzw. im internen Bereich und in der nächsten Rosa Beilage 1/17.

- **Zur Mindervergütung unserer nicht-genehmigungspflichtigen Leistungen und dem Drumherum**

Wir kümmern uns wohl alle beruflich lieber um Therapeutisches als um Verwalterisch-Politisches. Die Themen in unserer Mailingliste zeigen aber, wie sehr Verwalterisch-Politisches in unsere konkrete Arbeit ständig hineinspielt. Und je mehr die Psychotherapie „in der Mitte der Gesellschaft“ ankommt, desto mehr Regulierungsdrang entsteht bei den gesundheitspolitisch Verantwortlichen. Dies sehen wir gerade an der Psychotherapie-Richtlinien-Reform, die das Bundesgesundheitsministerium im Rahmen des GKV-Versorgungsstärkungsgesetzes dem Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA), das oberste Organ in der sog. Selbstverwaltung im Gesundheitswesen, vorgegeben hat. Die dabei entstehenden neuen Leistungen (Psychotherapeutische Sprechstunde, Akuttherapie) werden wohl auch 'nichtgenehmigungspflichtige Leistungen' (ngpL) werden. Damit wird der ngpL-Anteil an unseren Leistungen ganz sicher deutlich steigen. Derzeit liegt der durchschnittliche Anteil der ngpL bei ca. 15 %. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Wichtig! - Legen Sie Widerspruch gegen Ihren Honorarbescheid ein**


Den zur vertragspsychotherapeutischen Versorgung zugelassenen KollegInnen empfehlen wir nach Erhalt Ihrer Honorarbescheide Widerspruch bei Ihrer regionalen Kassenärztlichen Vereinigung einzulegen. Der DGVT-Berufsverband stellt Ihnen die verschiedenen Musterwidersprüche zur Verfügung, die Sie für Ihr Bundesland auswählen und im internen Bereich des Berufsverbandes herunterladen können. Ihre Zugangsdaten zum internen Mitgliederbereich erhalten Sie auf Nachfrage unter info@dgvt-bv.de per Mail oder telefonisch unter 07071 9434-10.

Für alle KollegInnen bundesweit gilt, dass nur durch das routinemäßige Einlegen des Widerspruchs innerhalb der 1-Monats-Frist ein Anspruch auf mögliche Nachzahlungen gesichert werden kann.

Rechtliches

- **INFO-SGB V-PsychVVG**

Der Bundesrat hat am 25.11.16 das Gesetz zur Weiterentwicklung der Versorgung und der Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen (PsychVVG) gebilligt.



Das Gesetz wird nun dem Bundespräsidenten zur Unterschrift zugeleitet und kann danach im Bundesgesetzblatt verkündet werden. Es soll wie geplant am 1.1.2017 in Kraft treten. Den Gesetzesbeschluss finden Sie [hier](#).

- **Patientendaten in der gesetzlichen Unfallversicherung - Verfahrenserleichterung für PsychotherapeutInnen**

Psychologische PsychotherapeutInnen und Kinder- und JugendlichenpsychotherapeutInnen, die an der Heilbehandlung eines Versicherten der gesetzlichen Unfallversicherung beteiligt sind, brauchen zukünftig keine schriftliche Einverständniserklärung mehr, um der Unfallversicherung Auskünfte über die Behandlung zu erteilen. Dazu gehören personenbezogene Daten über die Heilbehandlung, soweit sie für die Prüfung der Leistungsvoraussetzungen und die Abrechnung erforderlich sind. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Unabhängige Schlichtungsstelle gem. § 16 Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) hat Arbeit aufgenommen**

Menschen mit Behinderung können sich jetzt an die unabhängige Schlichtungsstelle gem. § 16 Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) wenden, wenn sie sich in ihren Rechten nach dem BGG verletzt fühlen. Damit soll eine außergerichtliche und rasche Streitbeilegung für Menschen mit Behinderungen ermöglicht werden. Die Schlichtungsstelle ist bei der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Verena Bentele, eingerichtet und soll als Anlaufstelle mit den am Verfahren Beteiligten eine einvernehmliche Lösung finden, um Diskriminierungen zu beseitigen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Öffentliche Anhörung zum Asylbewerberleistungsgesetz bzw. Verabschiedung**

Am 28.11.2016 fand im Deutschen Bundestag die Anhörung zum Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes - BT-Drucksache 18/9985 statt. Im Rahmen der Anhörung sprachen sich gleich mehrere Sachverständige für eine Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetzes aus, u. a. auch der Paritätische Gesamtverband.

Das Asylbewerberleistungsgesetz sei ein "bürokratisches Monster", kritisierte Stefan Keßler vom Jesuiten-Flüchtlingsdienst-Deutschland. Es entspreche zudem weder den verfassungsrechtlichen noch den völkerrechtlichen Anforderungen. Die in der Novelle geplanten Kürzungen seien nicht begründet und nicht nachvollziehbar, bemängelte Irene Becker. Auch Vertreter von Caritas und Diakonie sprachen sich für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes aus und forderten dazu auf, die darin enthaltenen Leistungen in die normale Sozialgesetzgebung zu integrieren.

Am 30.11.2016 wurden die Gesetze im Ausschuss für Arbeit und Soziales beraten, am 1.12. dann im Bundestag verabschiedet.

Die Stellungnahme des Paritätischen finden Sie [hier](#).

- **Bundesteilhabegesetz (BTHG)**

Der Bundestag hat am 1.12.2016 in 2. und 3. Lesung das Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (BTHG) mit insgesamt 68 Änderungsanträgen und das dritte Pflegestärkungsgesetz (PSG III), ebenfalls mit umfangreichen Änderungsanträgen beschlossen.

Das BTHG ist ein erster Einstieg für Veränderungen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention. Es bringt Verbesserungen für Menschen mit Behinderung z. B. bei der Beratung, Heranziehung von Einkommen und Vermögen sowie den Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben. Die wesentlichen Verschlechterungen für Menschen mit Behinderung und Einrichtungen konnten auf Grund vielfältiger Protestaktionen mit den Änderungsanträgen ausgeräumt werden.

Die Beratung im Bundesrat ist am 16.12.2016. Die Debatten im Bundestag vom 1.12.16 können unter folgendem Link verfolgt werden. Dort finden Sie auch die entsprechenden Dokumente.

[BTHG](#)
[PSG III](#)

- **Bundesrat stimmt Antikorruptionsgesetz zu**

Der Bundesrat hat am 2.12.2016 dem Gesetz gegen Korruption im Gesundheitswesen zugestimmt, gleichzeitig aber auch vor Strafbarkeitslücken gewarnt. ÄrztInnen und Angehörigen anderer Heilberufe drohen damit künftig bei Bestechung und Bestechlichkeit bis zu drei Jahre Haft, in besonders schweren Fällen bis zu fünf Jahre.

Bislang war es nicht möglich, niedergelassene Ärzte wegen Korruption zu belangen. Der Bundesgerichtshof (BGH) hatte im Jahr 2012 geurteilt, dass die Strafrechtsbestimmungen gegen Korruption nicht auf Ärzte anwendbar seien, da sie weder als Amtsträger noch als Beauftragte der gesetzlichen Krankenkassen handelten.

Das neue Gesetz soll diese Lücke schließen. Allerdings machte der Bundesrat in einer begleitenden Entschließung auf bereits absehbare Strafbarkeitslücken aufmerksam. Diese könnten vor allem dort auftreten, wo kein Wettbewerb zwischen mehreren Anbietern besteht – zum Beispiel bei der Verordnung patentgeschützter Arzneimittel. Der Bundesrat betonte, dass eine wirksame Bekämpfung von Korruption im Gesundheitswesen nicht nur auf den Wettbewerbsschutz, sondern auch auf den Patientenschutz ausgerichtet sein müsse.

Das Antikorruptionsgesetz tritt in Kraft mit der Veröffentlichung im Bundesanzeiger.

- **Bundessozialgericht: „Kein Streikrecht für Vertragsärzte“**

Vertragsärzte sind nicht berechtigt, ihre Praxis während der Sprechstundenzeiten zu schließen, um an einem Warnstreik teilzunehmen. Das hat das Bundessozialgericht (BSG) am 30.11.2016 entschieden. Kläger war MEDI-Chef Dr. Werner Baumgärtner.

Die BSG-Richter urteilten, dass gegen gesetzliche Krankenkassen und Kassenärztliche Vereinigungen gerichtete „Kampfmaßnahmen“ mit der gesetzlichen Konzeption des Vertragsarztrechts unvereinbar seien. Die Ausübung eines Streikrechts stelle keinen zulässigen Grund für eine Unterbrechung der Sprechstundenverpflichtung des Vertragsarztes dar. Der Sitzungsbericht ist noch nicht veröffentlicht.

Das BSG wies damit die Revision des Vorstandsvorsitzenden von MEDI Baden-Württemberg, Dr. Werner Baumgärtner, ab. Dieser will nicht aufgeben und jetzt vors Bundesverfassungsgericht ziehen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Bundestag votiert für gruppennützige Forschung**

Der Bundestag hat das 4. Gesetz zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften am 11. November 2016 verabschiedet. Das Gesetz enthält unter anderem den umstrittenen Passus zur gruppennützigen Forschung an nichteinwilligungsfähigen Personen. Für den Antrag stimmten 357 Abgeordnete mit ja, 164 mit nein und 21 enthielten sich. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Schwerpunktthema "Männergesundheit"

- **Männergesundheit - Ein Überblick**

Weltweit stand der November unter dem Motto "Männergesundheit". Männer sterben in Deutschland im Schnitt sechs Jahre früher als Frauen. Diese "Ungleichheit" zu beseitigen, ist ein Ziel männerorientierter Präventionsmaßnahmen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Interview mit Thomas Altgeld: "Einen angemessenen Stellenwert hat Männergesundheit hierzulande leider noch nicht"**

"Männergesundheits"-Experte Thomas Altgeld, Diplom-Psychologe und Geschäftsführer der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V. skizziert in einem Interview die aus seiner Sicht wichtigsten Aspekte zum Thema "Männergesundheit". Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



- **Männergesundheit & Psyche: Suizid**

Der unterschiedliche Umgang von Männern und Frauen mit dem Thema "Gesundheit" spiegelt sich insbesondere im Bereich des psychischen Wohlbefindens wieder. Am deutlichsten wird dies beim immer noch tabuisierten Thema "Suizid". Spezifische Prävention? Bislang leider weitgehend Fehlanzeige. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Informationsangebote zum Thema "Männergesundheit"**

Auch wenn das Thema "Männergesundheit" nicht zu den Top-Gesundheits-Themen zählt: wer sich informieren will, wird fündig! Die Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e. V. hat eine Auswahl an Internet-Informationsangeboten zusammengestellt, die für jeden Bedarf allgemeine Informationen, Zahlen, Daten, Fakten und tieferegehende Recherche-Möglichkeiten be-reithalten. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Kammer-Wahlen

- **Ergebnis der Wahl zur Vertreterversammlung der LPK Rheinland-Pfalz**

Mitte November 2016 wurde die Wahl ausgezählt: Unsere Liste TIMO konnte 7 Sitze erzielen. Herzlichen Dank an alle Wählerinnen und Wähler! Das Ergebnis der Wahl zur Vertreterversamm-lung finden Sie [hier](#).

DGVT - in eigener Sache

- **DGVT-Preis - Ausschreibung für 2018**

Die Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) schreibt für das Jahr 2018 den DGVT-Preis für Verhaltenstherapie in der psychosozialen Versorgung aus.

Dieser Preis ist mit 2 500 EUR dotiert und wird in 2-jährigem Turnus für hervorragende Leistungen auf folgenden Gebieten verliehen:

- Entwicklung der Psychotherapie/Verhaltenstherapie in gesellschafts- und gesundheitspoliti-scher Verantwortung
- Weiterentwicklung gesundheitsförderlicher bio-psychosozialer Prävention und Intervention.

Vorschläge können noch bis zum 31. März 2017 eingereicht werden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **DGVT-Förderpreis - Ausschreibung für 2018**

Im Rahmen ihrer Nachwuchsförderung verleiht die DGVT im Jahr 2018 den DGVT-Förderpreis für herausragende Nachwuchsleistungen auf dem Gebiet der Entwicklung der Verhaltenstherapie.

Vorschläge können noch bis zum 31. März 2017 eingereicht werden.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **1. Aufruf zur Mitarbeit am 30. Kongress für Klinische Psychologie, Psychotherapie und Beratung vom 28. Februar bis zum 4. März 2018 an der Freien Universität Berlin**

Wir laden Sie ein, Ihre Forschungsergebnisse, Erfahrungen oder praktischen Kenntnisse als Ant-worten zu den aufgeworfenen Fragestellungen im Aufruf in das Kongressprogramm einzubringen und so den Kongress aktiv mitzugestalten. Ihre Beiträge sind in Form von Symposien, Postern, Referaten, Round-Table-Diskussionen, Workshops und kulturellen Formaten willkommen. Wir be-grüßen es ausdrücklich, Wissenschaft und Praxis zu vernetzen, indem sich verschiedene Veran-staltungsformen explizit aufeinander beziehen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



Regionales

- **Bayern**
PsychotherapeutInnen für innovatives Versorgungsmodell in/um Schweinfurt und in/um Aschaffenburg und Obernburg gesucht!
Liebe KollegInnen, "alle Jahre wieder" möchte ich für das Versorgungsmodell BKK-ProPsych werben, welches wir in Unterfranken in Kooperation mit mehreren kleinen Betriebskrankenkassen durchführen. Uns fehlen in den o. g. Städten leider noch mitwirkende PsychotherapeutInnen und wir denken, es wären gute Chancen, gerade für neu-approbierte KollegInnen oder Kostenerstatte-rlInnen hier eine stabile Einbindung in die Versorgung (analog zur Vertragspsychotherapie zu erhalten). Viele Grüße von Heiner Vogel. Nähere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Bayern und Hamburg**
Patientenentschädigungsfonds - Hamburg und Bayern starten Bundesratsinitiative
Die Entschädigung von PatientInnen nach Behandlungsfehlern ist noch immer lückenhaft – mit schweren Folgen für die Betroffenen. Um PatientInnen zukünftig besser und unbürokratischer helfen zu können, startet Hamburg gemeinsam mit Bayern eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines bundesweiten Patientenentschädigungs- und -härtefallfonds (PatEHF).
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Hamburg**
Erstmalig bundesweit wird ein Modellprojekt zur Stärkung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung von Geflüchteten finanziert. Niedergelassene PP und KJP können demnächst mit Hilfe des Dolmetscherfonds auf qualifizierte und supervidierte Dolmetscher zurückgreifen. Darüber hinaus werden die Dolmetscherleistungen im Rahmen der ambulanten psychotherapeutischen Behandlung aus dem Fonds finanziert. Die Stadt Hamburg hat hierfür 200.000 € aus dem Innovationsfonds bereitgestellt bekommen.
Der gemeinnützige Verein SEGEMI e.V. (www.segemi.org) hat diesen gesundheitspolitischen Erfolg in Hamburg dank der tatkräftigen Unterstützung der PTK Hamburg und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Hamburg erzielen können.
Über das konkrete Vorgehen möchten wir auch im Rahmen unserer DGVT-Familientreffen informieren. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Hessen**
Kindeswohlgefährdung - KV Hessen wird ein Team mit Frühen Hilfen
Frühe Hilfen unterstützen Eltern in schwierigen Phasen. Das etablierte Angebot rückt in Hessen nun mit Ärzten zusammen – durch neue Qualitätszirkel. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Rheinland-Pfalz**
Video zum Peer Counseling
Der Landschaftsverband Rheinland hat mit der Medienberatungsagentur maz und media einen Kurzfilm über das Modellprojekt Peer Counseling produziert und ins Internet gestellt. Vorgestellt wird darin das Konzept der Beratung von Menschen mit Behinderung durch Menschen mit Behinderung. Der sechsminütige Film stellt Menschen mit Behinderung vor, die als Peer-Berater arbeiten oder diese Beratung nutzen. Den positiven Effekt der Beratungen bestätigt auch die Prognos AG, die im Auftrag des Landschaftsverbandes Rheinland das Modellprojekt wissenschaftlich evaluiert. Aus dem Zwischenbericht geht hervor, dass die Ratsuchenden das Angebot als überdurchschnittlich positiv bewerten und es als wertvolle Ergänzung zu den vorhandenen Beratungsstrukturen sehen. Insgesamt finanziert und unterstützt der Landschaftsverband zehn Peer-Beratungsangebote im Rheinland. Weitere Informationen finden Sie [hier](#) (Suchbegriff: Peer Counseling).

- **Sachsen**

- **Erleichterung für Behinderte**

Sachsen will die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen. Ein Augenmerk liegt dabei auch auf barrierefreien Arztpraxen. Das sächsische Kabinett hat einen Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention beschlossen. Nach etwa eineinhalb Jahren Vorbereitung wurde damit ein zentrales Vorhaben des Koalitionsvertrages von CDU und SPD realisiert, wie das Sozialministerium in Dresden mitteilte. Einen nationalen Aktionsplan gibt es bereits seit 2011, fast alle Länder haben bereits eigene Vorhaben formuliert. Der Aktionsplan enthält mehr als 200 Maßnahmen, für die die Verantwortlichkeiten, Zeiträume und zum Teil benötigte Mittel festgehalten sind. Erste Schritte wurden bereits angestoßen, offiziell tritt das Papier zum 1. Januar 2017 in Kraft.

Im Gesundheitsbereich geht es unter anderem um den weiteren Ausbau von barrierefreien Arztpraxen, was über Rollstuhlgerichtigkeit hinausgeht. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Termine

- **Paartherapie - Aufbauseminare**
Start der Reihe: 06.-07. Januar 2017 in Berlin. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Psychotherapie mit Flüchtlingen**
21. Januar 2017 in Dortmund. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **EMDR bei Kindern**
03. Februar 2017 in Essen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Anpassungsstörungen bewältigen - Weisheitstherapie bei Ärger und Kränkungen**
10.-11. Februar 2017 in Hamburg. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Psychosenpsychotherapie (DGVT)**
Start der Reihe: 11.-12. Februar 2017 in München. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Zusatzqualifikation in EMDR**
Start der Reihe: 17.-18. Februar 2017 in Münster. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Energetische Psychotherapie - Exposition mit sensorischer Stimulierung**
17.-18. Februar 2017 in Hamburg. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Akzeptanz- und Commitment Therapie (ACT) und Depression**
18.-19. Februar 2017 in Potsdam. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Überwindung chronischen Aufschiebeverhaltens**
25. Februar 2017 in München. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Schematherapie – Einführung**
03.-04.03.2017 in Hannover. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Emotionsfokussierte Therapie (EFT)**
Start der Reihe: 09.-12. März 2017 in Berlin. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Psychopharmakologie**
11.03.2017 in Dortmund. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Professionelle Angebote für Ehe- und Elternpaare in hocheskalierten Familienkonflikten - Information, Therapie, Mediation**
27.-28.03.2017 in Münster. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **DGVT-Workshoptagung: Neue Perspektiven in der Psychotherapie**
Termin: 30. März – 1. April 2017 in Tübingen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Basiskurs: Systemische Beratung, Coaching und Supervision**
Start der Reihe: 06.-07. Mai 2017 in München. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Kongress für Klinische Psychologie, Psychotherapie und Beratung**
Termin: 28. Februar – 4. März 2018 in Berlin. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



Termine der Landesgruppen

- **Hamburg:**

DGVT-Familientreffen am 20.02.2017 und 22.05.2017 jeweils um 19 Uhr im Ausbildungszentrum Hamburg, Raum Tübingen, Seewartenstr. 10. An beiden Treffen möchten wir den Hamburger Mitgliedern Informationen zu aktuellen berufspolitischen Veränderungen im Niedergelassen- (v.a. Reform der Psychotherapierichtlinie) und Angestelltensektor (v.a. tarifrechtliche Anpassungen) geben und planen für diese Themen Referenten ein. So wird am 20.02.2017 Herr Michael Stock von ver.di einen sachgerechten Input zur Angestelltensituation (neues Tarifrecht für KJP und PP) geben (hier gibt es neue Entwicklungen für uns KJP und Psychotherapeuten). Wir würden uns freuen, hier natürlich besonders unsere angestellten Mitglieder für das Familientreffen sehen zu können und bitten um Weiterleitung und den Abteilungen der Kliniken.

Darüber hinaus möchten wir, wie üblich, alten und neuen Mitgliedern Möglichkeiten zum Austausch und zur Vernetzung bieten. Wir freuen uns auf rege Teilnahme. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

25.01.2017: Informationstag der KV Hamburg und der Psychotherapeutenkammer Hamburg, KV Hamburg, Heidenkampsweg 99, Thema: Reform der Psychotherapie-Richtlinie

29.03.2017: Tag der Seelischen Gesundheit - eine gemeinsame Veranstaltung der Ärztekammer und Psychotherapeutenkammer Hamburg

- **Mecklenburg-Vorpommern:**

Veranstaltung der „Rostocker Reihe“ am Dienstag, 17. Januar 2017 von 20.00 - 21.30 Uhr im DGVT-ABZ Rostock, APR, Goethestr. 8, 18055 Rostock. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).